



Vorlagennummer: AT/12100/25-4
Vorlageart: Antrag
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Änderungsantrag zum Antrag "Mehr Sicherheit, Ordnung und Lebendigkeit in der Lüneburger Innenstadt" (Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.05.2026, eingegangen am 21.05.26)

Datum: 22.05.2026
Federführung: Fachbereich 7 - Tiefbau und Grün
Organzuständigkeit: RAT

Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Rat der Hansestadt Lüneburg	18.06.2026	Ö

Beschlussvorschlag

Der Rat der Hansestadt Lüneburg möge beschließen:

1.
Die Verwaltung wird beauftragt, die als „Grüne Oasen“ bekannten mobilen Pflanz- und Sitzelemente auf dem Platz „Am Sande“ vollständig zu entfernen und an geeignetere Standorte innerhalb des Stadtgebiets zu versetzen.
2.
Bei der Auswahl alternativer Standorte ist sicherzustellen, dass die Elemente ihrem städtebaulichen Zweck der Aufenthaltsqualitätssteigerung dienen, ohne an sensiblen Sicherheits- und Mobilitätsstandorten unübersichtliche Rückzugsräume zu schaffen.
3.
Die Verwaltung wird beauftragt, bei zukünftigen Gestaltungs- und Möblierungsmaßnahmen im Bereich „Am Sande“ sowie in unmittelbar angrenzenden Bereichen dem Erhalt off ener Sichtachsen, klarer Raumstrukturen und der Vermeidung unübersichtlicher Rückzugsräume besonderes Gewicht beizumessen.

Sachverhalt

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Die Verwaltung nimmt zu dem beigefügten Antrag wie folgt Stellung:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die als „Grüne Oasen“ bekannten mobilen Pflanz- und Sitzelemente auf dem Platz „Am Sande“ vollständig zu entfernen und an geeignetere Standorte innerhalb des Stadtgebiets zu versetzen.**

Antwort: Es gibt keine anderen geeigneten Standorte innerhalb des vom Fördermittel definierten Innenstadtraums. Schon während der Planungsphase wurde jede einzelne Straße eingehend untersucht und mit vielen Bereichen abgestimmt (u.a. Bereich Ordnung und Verkehr, Mobilität, AGL, Feuerwehr etc.). Themen, die in diesem Zusammenhang abgeklärt werden, sind Leitungen, Kanäle und Hydranten,

freizuhaltende Mindestbreiten für Lieferverkehre und Müllfahrzeuge, Schleppkurven und Aufstellflächen für die Feuerwehr, Plätze für Fahrradbügel, Freiflächen für Außengastronomie und Verkaufsstände.

Auch die Stadtmarketing wurde beteiligt. Die Freiflächen für das Stadtfest, für alle Märchenbuden und Weihnachtsmärkte sind ebenfalls in die Planung mit eingeflossen.

- 2. Bei der Auswahl alternativer Standorte ist sicherzustellen, dass die Elemente ihrem städtebaulichen Zweck der Aufenthaltsqualitätssteigerung dienen, ohne an sensiblen Sicherheits- und Mobilitätsstandorten unübersichtliche Rückzugsräume zu schaffen.**

Antwort: Es gibt keine alternativen Standorte, siehe Punkt 1

- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, bei zukünftigen Gestaltungs- und Möblierungsmaßnahmen im Bereich „Am Sande“ sowie in unmittelbar angrenzenden Bereichen dem Erhalt offener Sichtachsen, klarer Raumstrukturen und der Vermeidung unübersichtlicher Rückzugsräume besonderes Gewicht beizumessen.**

Antwort: Aus Sicht des Bereiches Grünplanung sind diese Kriterien mit den jetzigen Möbeln erfüllt worden. Die Grünen Oasen stehen, kubisch und klar strukturiert auf dem Platz und schaffen im mittleren Teil gruppenartige Verweilzonen. Es werden keine Sichtachsen verdeckt, man kann problemlos über die Möbel hinweg den gesamten Platz anschauen und als geschichtsträchtigen Ort wahrnehmen. Auch werden keine unübersichtlichen Rückzugsorte durch die eher flachen Möbel mit begrüntem Pflanzkübeln geschaffen.

Für den Fall des Abbaus der Möbel sind die Fördermittel an den Fördermittelgeber zurückzuzahlen. Die Höhe beläuft sich auf rd. 70.000 Euro.

Im Übrigen hätte der Abbau der Möbel vermutlich zur Folge, dass Menschen mangels anderweitiger (konsumfreier) Sitzgelegenheiten wieder vermehrt diejenigen in den Buswartehäuschen nutzen würden. Durch die Einrichtung der Alkoholverbotzone hat sich nach den Erfahrungen des Kommunalen Ordnungsdienstes und Rückmeldungen von Anliegern die Situation am Sande spürbar verbessert.

Anlage/n

Anlage 1: Änderungsantrag CDU Am Sande (öffentlich)

Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg

Bezug: TOP 18.1.1 - Vorlage zur Sicherheit, Ordnung und Lebendigkeit in der Lüneburger Innenstadt / Ergänzende Sofortmaßnahme zur Verbesserung der Sicherheits- und Aufenthaltsqualität im Bereich „Am Sande“

Vorbemerkung zur Dringlichkeit

Die CDU-Stadtratsfraktion hat frühzeitig darauf hingewiesen, dass punktuelle ordnungsrechtliche Einzelmaßnahmen ohne ein flankierendes Gesamtkonzept die bestehenden Probleme in der Innenstadt nicht nachhaltig lösen, sondern allenfalls räumlich verlagern.

Die Entwicklungen der vergangenen Wochen bestätigen diese Einschätzung deutlich. Die seit der ersten politischen Befassung vergangene Zeit hat gezeigt, dass sich die Problemlage im Umfeld des Platzes „Am Sande“ nicht nachhaltig entspannt hat. Vielmehr verdichten sich Rückmeldungen aus der Bürgerschaft, von Gewerbetreibenden sowie aus Gesprächen vor Ort, dass sich Verdrängungseffekte in angrenzende Bereiche zunehmend bemerkbar machen.

Gerade an einem zentralen innerstädtischen Mobilitätsknotenpunkt mit hoher Frequenz von Schülerinnen und Schülern, Pendlern, Seniorinnen und Senioren sowie Besucherinnen und Besuchern steht die Stadt in besonderer Verantwortung, Sicherheit, Übersichtlichkeit und Aufenthaltsqualität gleichermaßen zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund bedarf es neben ordnungsrechtlichen Maßnahmen auch kurzfristig wirksamer städtebaulicher Anpassungen. Ein weiteres Zuwarten erscheint angesichts der aktuellen Lage nicht angezeigt.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Hansestadt Lüneburg möge beschließen:

1.

Die Verwaltung wird beauftragt, die als „Grüne Oasen“ bekannten mobilen Pflanz- und Sitzelemente auf dem Platz „Am Sande“ vollständig zu entfernen und an geeignetere Standorte innerhalb des Stadtgebiets zu versetzen.

2.

Bei der Auswahl alternativer Standorte ist sicherzustellen, dass die Elemente ihrem städtebaulichen Zweck der Aufenthaltsqualitätssteigerung dienen, ohne an sensiblen Sicherheits- und Mobilitätsstandorten unübersichtliche Rückzugsräume zu schaffen.

3.

Die Verwaltung wird beauftragt, bei zukünftigen Gestaltungs- und Möblierungsmaßnahmen im Bereich „Am Sande“ sowie in unmittelbar angrenzenden Bereichen dem Erhalt offener Sichtachsen, klarer Raumstrukturen und der Vermeidung unübersichtlicher Rückzugsräume besonderes Gewicht beizumessen.

Begründung

Die als „Grüne Oasen“ konzipierten Pflanz- und Sitzelemente verfolgen grundsätzlich nachvollziehbare städtebauliche Ziele, insbesondere die Verbesserung des Mikroklimas, die Aufwertung des öffentlichen Raums sowie die Schaffung attraktiver Aufenthaltsflächen.

Am Standort „Am Sande“ zeigt sich jedoch, dass diese Gestaltungselemente in einem hochfrequentierten innerstädtischen Sicherheits- und Mobilitätsraum unbeabsichtigte negative Nebenwirkungen entfalten können.

Der Platz „Am Sande“ ist kein reiner Verweilplatz, sondern zugleich ein zentraler ÖPNV-Knotenpunkt und täglicher Transitbereich für eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern. Gerade in solchen Bereichen sind Übersichtlichkeit, soziale Kontrolle und klare Sichtbeziehungen zentrale Faktoren für das subjektive und objektive Sicherheitsgefühl.

Nach Einschätzung der CDU-Stadtratsfraktion verringern die bestehenden sichtbegrenzenden Strukturen der „Grünen Oasen“ an diesem spezifischen Standort die Übersichtlichkeit des öffentlichen Raums und können die soziale Kontrolle beeinträchtigen.

Aktuelle Rückmeldungen aus der Bürgerschaft und von Gewerbetreibenden sowie die jüngste Berichterstattung der *Landeszeitung Lüneburg* („Geschäftsleute Am Berge klagen über Drogenhandel und Trinkgelage vor ihren Läden“) weisen darauf hin, dass die bisherigen Maßnahmen nicht zu einer

nachhaltigen Stabilisierung der Gesamtsituation geführt haben. Vielmehr werden deutliche Verlagerungseffekte in angrenzende Straßenzüge wie „Am Berge“, die Rosenstraße oder den Bereich „Bei der Abtspferdetränke“ beschrieben.

Die dortigen Anlieger berichten über erhebliche Belastungen durch Trinkgelage, Berichte über Betäubungsmitteldelikte im öffentlichen Raum, Ladendiebstähle sowie Bedrohungslagen. Die Verunsicherung im Umfeld ist erkennbar hoch; nach Presseberichten sehen sich einzelne Geschäftsinhaber bereits veranlasst, zusätzliche private Sicherheitsmaßnahmen in Betracht zu ziehen. Zudem haben sich betroffene Gewerbetreibende bereits in einem gemeinsamen Schreiben an die Verwaltung gewandt.

Wenn Bürgerinnen und Bürger ausdrücklich dazu aufgefordert werden, Vorfälle konsequent zu melden, müssen zugleich die strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Kontrollen und Maßnahmen wirksam greifen können. Unübersichtliche, sichtgeschützte Möblierungsstrukturen an einem zentralen innerstädtischen Knotenpunkt können diesem Ziel entgegenstehen.

Die CDU-Stadtratsfraktion hat wiederholt deutlich gemacht, dass Sicherheit nicht durch punktuelle Insellösungen entsteht, sondern durch ein abgestimmtes Gesamtkonzept aus ordnungsrechtlichem Handeln, sichtbarer Präsenz, Präventionsarbeit, städtebaulicher Klarheit und – wo erforderlich – technischer Unterstützung.

Der vorliegende Änderungsantrag ersetzt ein solches Gesamtkonzept nicht, stellt jedoch eine kurzfristig realisierbare städtebauliche Sofortmaßnahme dar, um die Übersichtlichkeit im Bereich „Am Sande“ spürbar zu verbessern, bestehende Sicherheitsmaßnahmen sinnvoll zu flankieren, angrenzende Gewerbetreibende zu entlasten und die Aufenthaltsqualität für die breite Öffentlichkeit zu stärken.

Für die CDU-Fraktion | Lüneburg, den 21.05.2026

gez. Anna Bauseneick
Stellv. Fraktionsvorsitzende

gez. Christian-Tobias Gerlach